

Notizen

Kommission und Redaktionskomitee für den „Weltkatechismus“, der auf einen Wunsch der Sondersynode von 1985 hin erarbeitet wird, berieten auf einer gemeinsamen Sitzung in Rom Anfang Februar über den dritten Textentwurf. Er soll im November allen Bischöfen und Bischofskonferenzen zur Stellungnahme vorgelegt werden. Eine weitere, unter Berücksichtigung dieser Konsultation erstellte Textfassung soll im Herbst 1990 der nächsten ordentlichen Vollversammlung der Bischofssynode vorliegen. Bei einer Audienz für die Mitglieder von Kommission und Redaktionskomitee unterstrich Johannes Paul II. die Bedeutung des „Weltkatechismus“: Er werde den Bischöfen ebenso eine Hilfe sein wie den Verfassern von nationalen Katechismen. Der Katechismus werde die weiteren Bemühungen um Vermittlung und Inkulturation des Glaubens nicht ersetzen, sondern fördern und begünstigen. Die Kirche empfinde heute die Notwendigkeit und die Dringlichkeit einer „synthetischen und klaren Darstellung der grundlegenden und wesentlichen Inhalte der katholischen Glaubens- und Sittenlehre“.

Mit Dekret vom 8. Dezember, das vom Präsidenten des päpstlichen Laienrates unterzeichnet ist, hat der Papst die „*Memoires Domini*“ (Zeugen des Herren) „*Kerngruppe innerhalb von „Comunione e Liberazione“ (CL)*, als *Vereinigung päpstlichen Rechts* anerkannt. Dies teilte der Gründer von CL, Msgr. *Luigi Giussani*, der auch Vorsitzender de facto schon seit Mitte der sechziger Jahre ist, Mitte Februar mit. Die „*Memoires*“ bilden einen Teil des „*Erwachsenenelements*“ von CL, das als „*Bruderschaft Comunione e Liberazione*“ bereits 1982 vom Papst anerkannt wurde. Bei den „*Zeugen des Herrn*“ handelt es sich um jenen Teil des *Erwachsenenelements*, die nicht nur Mitglieder der „*Bruderschaft*“ sind, sondern ein in der Sache den Ordensgelübden gleichkommendes Versprechen der Keuschheit, der Armut und des Gehorsams ablegen und in nach Männern und Frauen getrennten Gemeinschaftshäusern wohnen. Ca. 1000 Personen gehören der neuen Vereinigung an, darunter auch einzelne führende Leute der „*Volksbewegung*“, des politischen Arms von CL.

Erstmals trafen sich die Mitglieder der *Glaubenskongregation* und des *Einheitssekretariats* vom 30. Januar bis 1. Februar zu einer *gemeinsamen Vollversammlung*. Das Treffen galt der Bilanzierung des ökumenischen Engagements der katholischen Kirche seit dem Zweiten Vatikanum und den Zukunftsperspektiven für die ökumenische Arbeit. Dem Pressecommuniqué über die gemeinsame Plenaria zufolge unterstrichen die Teilnehmer die Entschlossenheit der katholischen Kirche, sich wei-

terhin intensiv um die Einheit der Christen zu bemühen. Es wurde auch über die Notwendigkeit gesprochen, die Glaubenswahrheit im ökumenischen Dialog vollständig und klar darzustellen, ebenso über die Rolle der Tradition und der Lehrautorität der Kirche bei der Erarbeitung und Beurteilung von Dialogdokumenten. Es ging auch um Vorschläge für die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen Glaubenskongregation und Einheitssekretariat, wie sie die am 1. März in Kraft tretende Neuordnung der Kurie vorsieht.

Die *Vertreter der Laiendiözesanräte* in der Bundesrepublik haben die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken auf einer Konferenz in Hamburg (13.2.) aufgefordert, „ohne Zögern und in jeder geeigneten Weise“ in ein Gespräch über die gegenwärtig „die Kirche in der Bundesrepublik und darüber hinaus“ belastenden Probleme einzutreten. In ein solches Gespräch sollten nach den Vorstellungen der Vertreter der Laienräte auch *Gesprächspartner aus dem Kreis der Unterzeichner der „Kölner Erklärung“* (vgl. ds. Heft, S. 127) einbezogen werden. Die Präsidentin des ZdK, *Rita Waschbüsch*, unterstützte in einer eigenen Erklärung die Forderung der Diözesanräte ausdrücklich. Ein Gespräch „in der erforderlichen Breite“ und „in möglichst direkter Zusammenarbeit zwischen den Diözesanräten und dem ZdK“ sei im gemeinsamen Interesse. Als nächste Termine für dessen Ingangsetzung nannte Frau Waschbüsch die Sitzung des Geschäftsführenden Ausschusses des ZdK am 3. und die Tagung der Gemeinsamen Konferenz DBK und ZdK am 17. März.

Hoffnungen, daß die in der DDR gegenwärtig betriebene *Gründung eines Freidenkerverbandes auf der Grundlage der dialektisch-materialistischen Weltanschauungen* zur staatlichen Entpflichtung von der *Jugendweihe* führen könnte, äußerte im „*St. Hedwigs-Blatt*“ Prälat *Gerhard Lange*, der Chefredakteur der Ostberliner Kirchenzeitung und zugleich Beauftragter der Berliner Bischofskonferenz für die Beziehungen zum Staat. Lange wörtlich: Wenn der sozialistische Staat es nicht als seine Aufgabe betrachte, eine bestimmte Weltanschauung zwangsweise durchzusetzen, dann sei eine Gründung wie die des Freidenker-Verbandes „*folgerichtig*“. Folgerichtig sei dann aber auch die freidenkerische Tradition der Jugendweihe wieder in das Verbandswesen zu „*integrieren*“. Damit würde sich dann die eigenständige Existenz und Tätigkeit eines Jugendweheausschusses erübrigen.

Im Streit um das *Karmelitenkloster auf dem Gelände des ehemaligen Konzentra-*

tionslagers Auschwitz haben Vertreter jüdischer Organisationen eine umgehende Realisierung der Vereinbarungen von 1987 angemahnt. Die Karmelitinnen sollen in eine noch zu errichtende Begegnungsstätte außerhalb des Lagers umziehen. Inzwischen teilte der Erzbischof von Lyon, Kardinal *Albert Decourtray*, mit, Kardinal *Macchabarski*, der Erzbischof von Krakau, habe ihm versichert, die Errichtung des Zentrums für Information, Bildung, Begegnung und Gebet befinde sich in ihrer Schlußphase. Die Karmelitinnen zögen in ihren neuen Konvent, sobald dieser errichtet sei. Der Konvent soll auf dem Gebiet des neuen Zentrums entstehen, jedoch räumlich getrennt von ihm (vgl. *Le Monde*, 26.1.89).

Die *innenpolitische Situation in Südafrika* habe sich in letzter Zeit wesentlich verschlechtert. Dies erklärte der Vorsitzende der katholischen südafrikanischen Bischofskonferenz, Bischof *Wilfried Fox Napierv* von Kokstad (Natal) auf deren letzter Vollversammlung Ende Januar. Als Beispiele dafür nannte der Bischof: die restriktiven Maßnahmen der Regierung gegen die Opposition, die weitere Einschränkung der Pressefreiheit, die weiterhin heftigen Angriffe der Regierung auf Kirchenführer und die blutigen Auseinandersetzungen von verfeindeten Gruppen der Schwarzen in Natal, die im vergangenen Jahr 700 Todesopfer gefordert hatten.

Erfreut über das Ende der Diktatur *Alfredo Stroessners* (er wurde am 3. Februar von dem mit ihm verschwägerten Armeegeneral *Andrés Rodríguez* (64) in einem blutigen Putsch mit ca. 250 Todesopfern gestürzt), aber vorsichtig über „*mögliche künftige Entwicklungen im Lande*“ haben sich die *Bischöfe Paraguays* geäußert. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz und Erzbischof von Asunción, *Ismael Blas Rolón Silveiro*, sagte, er betrachte den Sturz Stroessners mit vorsichtigem Optimismus, der Putsch habe kommen müssen, und man hoffe nun auf eine wesentliche Verbesserung der Beziehungen zum Staat, die in den letzten Monaten besonders gespannt gewesen seien. Auf eine öffentliche Bewertung der neuen Führung durch den Episkopat wurde verzichtet, obwohl General Rodríguez bereits in den ersten Tagen nach dem Putsch um ein friedliches Verhältnis zur Kirche bemüht war. Der Sekretär der Bischofskonferenz: „*Wir müssen die Realitäten akzeptieren und auf die Zukunft warten.*“

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegen ein Prospekt des Verlages Herder, Freiburg, sowie eine Verlegerbeilage bei.